



Ausschuß für Migrationsangelegenheiten

11. Sitzung (nichtöffentlich)

26. September 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 12.50 Uhr

Vorsitzende: Christiane Bainski (GRÜNE)
 Erika Rothstein (SPD) (stellv.)

Stenograph: Walther Hezel

Verhandlungspunkte, Beschlüsse und Ergebnisse:

Seite

1 Wahl einer/eines stellvertretenden Vorsitzenden

Auf Vorschlag der SPD-Fraktion wählt der Migrationsausschuß als Nachfolgerin des ausgeschiedenen SPD-Abgeordneten Jürgen Schaufuß einstimmig - bei Stimmenthaltung der Betroffenen -

die Abgeordnete Erika Rothstein (SPD)

zu seiner stellvertretenden Vorsitzenden.

Seite

- 2 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997)** 2

Drucksache 12/1200

Einzelplan 07 - Arbeits- und Sozialministerium

Vorlagen 12/785 und 12/786

hier: Einzelberatung der Haushaltsansätze in den Kap. 07 060 und 07 510

In einer ersten Durchberatung werden die Haushaltspositionen (Personal- und Sachtitel) des Einzelplans 07, soweit der Migrationsausschuß dafür zuständig ist, erörtert und von Vertretern des Fachministeriums erläutert. - Die abschließende Beratung ist für den 28. November 1996 in Aussicht genommen.

- 3 **Landeszentrum für Zuwanderung** 7

Der Ausschuß nimmt den von Staatssekretär Dr. Bodenbender (MAGS) vorgetragene Sachstandsbericht des Ministeriums entgegen.

- 4 **Ausländische Jugendliche flüchten in Fundamentalismus** 9

Staatssekretär Dr. Bodenbender berichtet über das Ergebnis einer Untersuchung der Universität Bielefeld. - Der Migrationsausschuß nimmt den Bericht zur Kenntnis und diskutiert darüber.

Seite

5 Problematik der Berufsfindung und Ausbildung junger Migrantinnen und Migranten

17

- Schriftlicher Bericht des Ministeriums für Schule und Weiterbildung über den **Aspekt "Schule"**

Vorlage 12/859

Der Migrationsausschuß debattiert über den schriftlichen Bericht des Schulministeriums, der auf Einzelfragen von Ausschlußmitgliedern durch Referenten des Ministeriums für Schule und Weiterbildung erläutert wird.

6 Europäisches Jahr gegen den Rassismus - Aktivitäten 1997

21

Der Ausschuß sieht vor, die Aktivitäten des Landes NRW zu dem Thema in einer Ausstellung im Landtagsgebäude zu demonstrieren.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 28. November 1996, 10.30 Uhr

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Vorsitzende **Christiane Bainski** als neues Ausschußmitglied den Abgeordneten **Frank Sichau (SPD)**, der an die Stelle des ausgeschiedenen Mitglieds Jürgen Schaufuß (SPD) tritt, in Erwartung guter Zusammenarbeit.

(Beifall)

Zu Punkt 1 der Tagesordnung k e i n Diskussionsprotokoll.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997)

Drucksache 12/1200

Einzelplan 07 - Arbeits- und Sozialministerium

Vorlagen 12/785 und 12/786

hier: Einzelberatung der Haushaltsansätze in den Kap. 07 060 und 07 510

Bei der Einzelberatung der Kapitel des Einzelplans 07 - Arbeits- und Sozialministerium -, für die der Migrationsausschuß zuständig ist, ruft Vorsitzende **Christiane Bainski** zunächst die **Personaltitel** in

Kap. 05 510 - Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge in NRW

auf. Veränderungen gibt es hier im Bereich der Landesstelle Unna-Massen.

Titel 425 81 Titelgruppe 81 - Landeszentrale für Zuwanderung.

Hierzu erkundigt sich **Oliver Wittke (CDU)** nach der in Aussicht genommenen Aufstockung des Personals des Landeszentrums aus dem Bestand der Landesstelle Unna-Massen. Die Regierung möge mitteilen, wie die weitere personelle Entwicklung des neuen Landeszentrums für Zuwanderung aussehen solle, ob über den Zuwachs von zehn Stellen im Jahre 1967 hinaus auch für die kommenden Jahre neue Stellen geplant seien und ob solche Stellen von der Landesstelle auf das neue Landeszentrum verlagert werden sollten.

Darauf antwortet **Reg.-Ang. Rütten (MAGS)**, im Laufe der Wahlperiode solle der Endausbau mit insgesamt dreizehn Stellen erreicht werden. U. a. sei an die Schaffung von drei Wissenschaftlerstellen gedacht, die wie die übrigen Stellen im Zuge der Neuorganisation aus

der Landesstelle Unna-Massen mittelfristig durch den Wegfall von Tätigkeiten aufgrund einer Verringerung der Zugangszahlen für Aussiedler erwirtschaftet werden könnten.

In diesem Zusammenhang verweist **Vera Dedanwala (SPD)** auf die Darlegungen auf den Seiten 9 und 36/37 des Erläuterungsbandes Vorlage 12/786 sowie auf die Seiten 82 ff der Vorlage 12/785, wo die Aufgaben des Landeszentrums aufgelistet und als Endpersonalstand dreizehn Stellen genannt würden. Dies entspreche der gemeinsam erarbeiteten Konzeption.

Für **Willi Zylajew (CDU)** geht es darum, daß die zur Einsparung vorgesehenen kw-Vermerke nicht als "erwirtschaftet" bezeichnet werden dürften. Zu dieser Frage erbittet der Abgeordnete Auskunft von der Landesregierung.

Reg.-Ang. Rütten trägt vor, durch Neuorganisation in der Landesstelle werde erreicht, daß über die bisher geplanten kw-Stellen hinaus reelle Einsparungen erzielt würden.

Offenbar sollten also zusätzliche kw-Stellen geschaffen werden, konstatiert **Willi Zylajew (CDU)**; hierdurch würden die neuen Positionen abgedeckt. Von der Landesstelle habe die CDU eine andere Auskunft erhalten.

Auf eine Nachfrage von **Oliver Wittke (CDU)** versichert **Reg.-Ang. Rütten**, durch die Personalumschichtung werde es keine Leistungseinschränkungen bei der Landesstelle geben. Die Aussiedlerzahlen gingen zurück, und neue Verfahren führten zu rationellerer Erledigung als bisher.

Die Landesstelle schaffe demnach die Basis für eine Eingliederung, bemerkt **Georg Gregull (CDU)**. Eine solche Eingliederung sei aber in der kurzen Aufenthaltszeit kaum zu bewerkstelligen. Es sollte vermieden werden, daß durch Stellenreduzierung hier weitere Abstriche einträten. - Dazu erklärt **Staatssekretär Dr. Bodenbender (MAGS)**, bei den von der Landesstelle zu erfüllenden Aufgaben werde es keine Abstriche geben. Die wichtige integrationspolitische Funktion der Landesstelle werde auf keinen Fall beeinträchtigt.

Über diese Frage habe sich der Ausschuß im Zusammenhang mit dem Landeszentrum eingehend Gedanken gemacht, hebt **Vera Dedanwala (SPD)** hervor. Bei dem großen Stellenpotential in Unna-Massen - rund 380 Stellen insgesamt - seien Einsparungen angesichts der landesweiten Sparzwänge möglich, die jeder Organisation auferlegt werden müßten. Die Erwirtschaftung von dreizehn Stellen erscheine durchaus realistisch.

Hier liege ein Widerspruch zwischen den Äußerungen Dr. Bodenbenders und denen der SPD-Sprecherin vor, glaubt **Oliver Wittke (CDU)**. Dieser Widerspruch werde dadurch aufgelöst, daß mit weniger Personal die gleiche Leistung erbracht werden müßte.

Nach dieser Personaldebatte beschäftigt sich der Migrationsausschuß mit

Kap. 07 060 - Landesmaßnahmen für Vertriebene, Spätaussiedler, ausländische Arbeitnehmer sowie ausländische Flüchtlinge (Kontingentflüchtlinge)

Aufgeworfene Fragen zu einzelnen Titeln werden von Vertretern des Arbeits- und Sozialministeriums beantwortet. Eine Aussprache ergibt sich zu den folgenden Positionen.

Titel 643 10 - Kostenpauschalen gemäß § 4 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes usw.

Oliver Wittke (CDU) wünscht zu erfahren, welche Zahlenentwicklung dem Titelanatz zugrunde gelegt worden sei und ob eine kostendeckende Erstattung an Städte und Gemeinden sichergestellt werde.

In dieser Position seien auch die Kontingentflüchtlinge enthalten, bemerkt **Vera Dedanwala (SPD)**. Wenn Bonn seine Zahlungsverpflichtungen - die Hälfte des jeweiligen Betrages - erfülle, dürften die Kommunen künftig kostendeckend arbeiten können.

Oliver Wittke (CDU) fragt die Landesregierung, ob mit der vorgeschlagenen Erhöhung des Haushaltsansatzes um 65,5 Millionen DM eine kostendeckende Erstattung gewährleistet sei und wie beispielsweise die Rückführung der bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge vonstatten gehen solle, um für den Haushalt solides Zahlenmaterial zu haben.

StS Dr. Bodenbender versichert, der Haushaltsaufstellung lägen konkrete Zahlenwerte zugrunde. - Der zur eingehenden Beantwortung der Fragen des CDU-Sprechers herbeigerufene **MR Lierenfeld (MAGS)** trägt vor, es gehe hier schwerpunktmäßig nicht um Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien, sondern um die jüdischen Kontingentflüchtlinge, die unter denselben Titel fielen. Bezüglich dieser Flüchtlinge gebe es eine Vereinbarung des Bundeskanzlers mit dem Ministerpräsidenten über die Kontingentaufnahme. Die Zahl dieser aus den ehemaligen GUS-Staaten zuwandernden jüdischen Flüchtlingen nehme ständig zu. Allein 1996 seien bereits 2 600 dieser Flüchtlinge aufgenommen worden. Für diese Flüchtlinge zahle das Land ebenso wie für die Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien eine erhöhte Pauschale.

Auf eine weitere Frage von **Oliver Wittke (CDU)** zur Entwicklung bei den bosnischen Bürgerkriegsflüchtlingen erwidert **MR Lierenfeld**, der Entwurf für das MAGS gehe von

6 000 "Zugbosniern" aus. Unabhängig davon seien die 70 000 Bürgerkriegsflüchtlinge zu sehen, die nach § 54 Ausländergesetz geduldet würden und in den Haushalt des Innenministers fielen. - Die Rückführung dieses Personenkreises werde nicht zum 1. Oktober 1996 erfolgen. Innenminister Kniola habe in der Härtefallkommission erklärt, daß Nordrhein-Westfalen vor dem 1. April 1997 keine zwangsweise Rückführung von Bosniern vornehmen lassen werde. Daraus ergebe sich die Rechtfertigung für die Berücksichtigung dieser Personen im Haushalt. - Hierzu betont **Vera Dedanwala (SPD)**, die Aufstellung der betroffenen Etatposition sei deswegen außerordentlich schwierig, weil die Vereinbarung der Innenminister zur Behandlung der bosnischen Flüchtlinge erst vor einer Woche erfolgt sei. Offenbar würden die eingesetzten Zahlen durch die Haltung der Innenminister bestätigt. - Keine weiteren Anmerkungen.

Tit. 541 61: Schülerwettbewerb "Wir Deutschen und unsere östlichen Nachbarn", zentrale Maßnahmen

Zu diesem Titel würde **Oliver Wittke (CDU)** interessieren, welche Konzeption dem Schülerwettbewerb im kommenden Jahr zugrunde gelegt werden solle. - **Vorsitzende Christiane Bainski** bemerkt, diese Position werde vom Migrationsausschuß federführend beraten.

Dazu teilt **MR Schmitz (MAGS)** mit, die Mittel für den Wettbewerb stünden im nächsten Jahr in der Höhe des laufenden Jahres zur Verfügung. Über das Thema "Zehn Jahre nach Tschernobyl" habe es erhebliche Diskussionen gegeben. Da dieses Thema bei vielen Jugendlichen große Resonanz gefunden habe, solle es ebenfalls für das nächste Jahr gewählt werden, um für den Wettbewerb Resonanz auch in den Nachbarstaaten Nordrhein-Westfalen zu haben. Es gehe nicht nur um die Erhaltung der Kultur der ehemaligen deutschen Ostgebiete, sondern auch um Brückenbau und Völkerverständigung. - Die das Hauptthema umgebenden Unterthemen stellten den kulturellen Bezug zum Wettbewerb 1996 her.

Das Tschernobyl-Thema weiche von der ursprünglichen Konzeption des Wettbewerbs ab, stellt **Georg Gregull (CDU)** fest. Wenn es um den Gegenstand des nächsten Schülerwettbewerbs gehe, sollte man sich an die Aussage des Fachministers erinnern, der das Thema des letzten Wettbewerbs als "gerade noch vertretbar" angesehen habe. Vom Staatssekretär möchte der CDU-Abgeordnete erfahren, welche Zielsetzung der kommende Wettbewerb haben solle, der bisher sehr wohl zur Völkerverständigung habe beitragen können. Aus dem Tschernobyl-Thema könnte der Vorwurf hergeleitet werden, die Versäumnisse der ehemaligen Regierung "hochkochen" zu wollen. Dieser Punkt bedürfe einer sorgfältigen Überlegung. Die Völkerverständigung müsse der wichtigste Bestandteil des Wettbewerbs sein.

StS Dr. Bodenbender stellt mit Verwunderung fest, daß der Abgeordnete bei dem Thema "Tschernobyl" Probleme im Blick auf die Grundkonzeption des Schülerwettbewerbs habe, insbesondere was die Völkerverständigung betreffe. Wolle man Kinder und Jugendliche

motivieren, sich mit dem Schicksal der Gleichaltrigen in den östlichen Ländern zu beschäftigen, sei das Thema Tschernobyl dafür durchaus geeignet. Der Wettbewerb dürfte ein großer Erfolg werden, weil hier für die Anteilnahme der Schüler eine methodische Brücke gebaut werde. Auch Schüler aus dem ehemaligen Ostblock sollten an der Gestaltung des Wettbewerbs teilhaben. Damit werde die Grundphilosophie des Wettbewerbs keineswegs verlassen. Die Befürchtung des CDU-Abgeordneten, die Grundkonzeption des Wettbewerbs würde im nächsten Jahr verlassen, vermag der Staatssekretär nicht zu teilen. Hier werde ein methodisch anderes Instrument genutzt, um dem gleichen Ziel zu dienen.

Dieser Auffassung vermag **Georg Gregull (CDU)** nicht beizupflichten. In den verantwortlichen Gremien überwogen die Zweifel, ob mit dem Schülerwettbewerb die früher gewollte Linie weiterverfolgt werde. Die entscheidende Aussage sei, daß die Grundkonzeption erhalten bleibe.

Mit der Öffnung des Eisernen Vorhangs müsse eine Erweiterung der möglichen Themenfelder für solche Wettbewerbe gesehen werden, glaubt **Vera Dedanwala (SPD)**. Man müsse nach vorn sehen. Die Grundkonzeption ermögliche verschiedene Themenstellungen. Der eigentliche Konsens bestehe darin: Es sollten Themen aus dem Bereich der Völkerverständigung aufgegriffen werden, die die Kinder für die Problematik der osteuropäischen Länder empfänglich machten. Die Konfliktlage könne hier nicht ausdiskutiert werden.
- Keine weiteren Anmerkungen.

Zu **Tit. 526 62** - Kosten für Sachverständigung und Untersuchungsvorhaben - erinnert **Oliver Wittke (CDU)** daran, daß der Haushaltsansatz im vergangenen Jahr um 400 000 DM erhöht worden sei. Die CDU-Fraktion würde interessieren, welche Untersuchungen und Studien zusätzlich hätten in Auftrag gegeben werden können, um den Ansatz von nunmehr 800 000 DM auszuschöpfen.

Eine der Studien werde heute bei TOP 4 behandelt, berichtet **Reg.-Ang. Rütten (MAGS)**. Es gehe um den Einfluß des Fundamentalismus auf junge Türkinnen und Türken. Aus dem Titel würden auch Veranstaltungen und Workshops mit Fachleuten finanziert.

Der Wunsch **Oliver Wittkes (CDU)**, hierüber zu gegebener Zeit eine Übersicht unter Angabe der Kosten zu erhalten, wird vom **Migrationsausschuß** geteilt.

Zu **Tit. 653 64** - Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden und Gemeindeverbände -, dessen Ansatz um 375 000 DM erhöht werden soll, erkundigt sich **Oliver Wittke (CDU)**, ob daraus auch ein Programm über Orientierungshilfen für ausländische Flüchtlinge finanziert werden solle. - Dem schließt sich die Frage an, ob es die Landesregierung tatsächlich für richtig halte, Bürgerkriegsflüchtlinge, die in absehbarer Zeit in ihrer Heimat-

land zurückkehrten, noch in der Bundesrepublik zu integrieren, oder ob es nicht insgesamt viel besser wäre, die Flüchtlinge auf die Rückkehr in ihre Herkunftsländer vorzubereiten. Mittlerweile habe es bei Verbänden der freien Wohlfahrtspflege Kritik an diesem Programm gegeben. Man habe überlegt, ob man solche dem Programm entsprechende Lehrgänge überhaupt noch anbieten sollte. Hierzu bedürfe es einer Einschätzung der Landesregierung.

Darauf antwortet **MR Schmitz (MAGS)**, mit den Wohlfahrtsverbänden sei dies einvernehmlich besprochen und dabei dargelegt worden, das Konzept werde der politischen Entwicklung angepaßt: Es würden jetzt Zuwendungen für psychosoziale Orientierungshilfen zugunsten bosnischer Flüchtlinge mit dem Ziel geleistet, die individuelle Identität zu stärken und die soziale Orientierung in Deutschland sowie die spätere Rückkehr ins Herkunftsland und die dortige Reintegration zu erleichtern. - Der Referent erläutert die Komponenten der sozialen Hilfen wie Beratung und Betreuung im sozialen und psychischen Bereich. Die Rückkehr bereite vor allem den bosnischen Flüchtlingen psychische Probleme, die es aufzuarbeiten gelte. Ferner sollten Orientierungshilfen für Remigration und Reintegration in das Herkunftsland gegeben werden; dies sei der Kernpunkt der Richtlinien. Zur sozialen Orientierungshilfe in Deutschland könne am Rande auch die Vermittlung berufspraktischer Fertigkeiten gehören, die dem Aufbau im Herkunftsland zu dienen bestimmt seien.

Offensichtlich gebe es hier eine sinnvolle Umorientierung der Hilfen, räumt **Oliver Wittke (CDU)** ein. Es treffe jedoch nicht zu, daß hieran keine Kritik geübt werde. So heiße es in einem Schreiben des Diözesan-Caritasverbandes für das Erzbistum Köln, es seien Fragen bezüglich der Sinnhaftigkeit der geplanten Orientierungskurse für "Zugbosnier" zu stellen. In den Richtlinien seien aber zahlreiche Hilfen für den Aufenthalt in Deutschland enthalten; dies sehe die CDU nicht als zweckmäßigen Mitteleinsatz an.

Ministerialrätin Köhler-Büssow (MAGS) weist erläuternd darauf hin, daß die Zuweisungen an Gemeinden um 375 000 DM angehoben werden sollten. Davon zu unterscheiden seien die Zuweisungen für die Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlichen (RAA) unter Teil 7 der Erläuterungen auf Seite 231 des Einzelplans 07, die 4 120 000 DM ausmachten. Der Ansatz in Unterteil 8 - berufsorientierte Kurse für ausländische Flüchtlinge - werde um 375 000 DM gekürzt.

Zu Seite 75 des Erläuterungsbandes Vorlage 12/785 möchte **Willi Zylajew (CDU)** wissen, wie sich die Bereitstellung von rund 20 Millionen DM für die Eingliederung von Migranten/Migrantinnen mit den schriftlichen Äußerungen der Schulministerin vom 13. September 1996 vereinbaren lasse, worin sie schreibe, Regelungen für diesen Personenkreis seien keine geeigneten Instrumente. Einmal seien die ausländischen Jugendlichen keine homogene Gruppe mit gleichen Bedürfnissen, und zum anderen könnten Hilfen ausschließlich für ausländische und ausgesiedelte Jugendliche die Integration erschweren. Zu diesem Widerspruch solle das Arbeitsministerium Stellung nehmen. - Ferner gebe es in Titel-

gruppe 64 erhebliche Verschiebungen von Haushaltsansätzen - insgesamt um mehr als 1 Million DM. Solche Beträge ließen sich in laufenden Vorhaben sicher kaum einsparen.

Darauf erwidert **Ministerialrätin Köhler-Büssow**, die Verschiebung von 650 000 DM vom Unterteil 5 in den Unterteil 9 enthalte keine Kürzung, sondern nur eine veränderte Ausweisung. Demgegenüber beruhe die Verschiebung von 375 000 DM auf einer konzeptionellen Veränderung: Die Mittel für die Sprachkurse würden reduziert, die für die RAA hingegen erhöht. - Ergänzend bemerkt **MR Schmitz**, der Anteil der für Sprachkurse in Betracht kommenden ausländischen Jugendlichen sei auf die "Zugbosnier" begrenzt. Hier gehe der Bedarf entsprechend zurück. - Keine weiteren Anmerkungen.

Im folgenden behandelt der **Migrationsausschuß** die Sachtitle in

Kap. 07 510 - Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und
ausländische Flüchtlinge in NRW

Zu den einzelnen Positionen des Kapitels ergibt sich keine weitere Aussprache.

Vorsitzende Christiane Bainski kündigt an, die abschließende Beratung des Haushalts 1997, soweit er von diesem Ausschuß zu beraten sei, und die Entscheidung über die Beschlußempfehlungen an den Haushalts- und Finanzausschuß erfolgten in der nächsten Sitzung am 28. November 1996.

3 Landeszentrum für Zuwanderung

Bei Erstattung des vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales erbetenen Sachstandsberichts trägt **StS Dr. Bodenbender** vor, mit der Schaffung des Landeszentrums beschreite NRW einen neuen Weg. Das Vorhaben stoße weit über die Landesgrenzen hinaus auf großes Interesse und nachhaltige Zustimmung. Bei der Verwirklichung des Projekts gelte es, personelle Hürden zu nehmen, von denen bereits die Rede gewesen sei; ferner gehe es um inhaltliche und konzeptionelle Fragen sowie um organisatorische Probleme.

Die Koalitionsvereinbarung sei ursprünglich von der Bezeichnung "Zentrum für Migrationsforschung" ausgegangen. Damit würde das Zentrum jedoch zu stark in die Nähe der Universitätsinstitute gerückt. Es sei aber nicht erforderlich, Grundlagenforschung auf diesem Gebiet zu betreiben. Vielmehr gelte es, eine Einrichtung zu schaffen, die die Arbeit der Landesregierung in den Bereichen Integration und Zuwanderung sowie andererseits die Kommunen bei der Umsetzung praktischer Migrations- und Integrationskonzepte unterstütze, die Forschungsprojekte Dritter fördere und die vorhandenen wissenschaftlichen Arbeiten praxisorientiert auswerte. Außerdem solle die Einrichtung tatsächliche und rechtliche Diskriminierungen der Minderheiten dokumentieren, die praktische Integrationsarbeit